



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

HISTORISCHES SEMINAR
LEHRSTUHL FÜR NEUESTE GESCHICHTE
UND ZEITGESCHICHTE



Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus

Forschungsbericht März 2022 bis August 2024

Forschungsprojekt des Historischen Seminars der LMU München
Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte
im Auftrag der Landeshauptstadt München
in Kooperation mit dem Kulturreferat/Public History der
Landeshauptstadt München

August 2024

Inhaltsübersicht

1. Das Forschungsvorhaben seit seinem Beginn im Jahr 2009
2. Erbrachte Leistungen und geplanter Abschluss des Forschungsvorhabens
3. Die (aktuell noch laufende) vierte und abschließende Forschungsphase

1. Das Forschungsvorhaben seit seinem Beginn im Jahr 2009

Die Vollversammlung des Stadtrats hat am 18. März 2009 die wissenschaftliche Aufarbeitung der Rolle der Münchner Stadtverwaltung und der städtischen Eigenbetriebe im „Dritten Reich“ beschlossen und damit die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) beauftragt, um die wissenschaftlicher Unabhängigkeit des Forschungsprozesses sicherzustellen. Ausgehend von einem Basiskonzept des Stadtarchivs, wurde hierzu ein großes, in mehrere Phasen gegliedertes Forschungsvorhaben initiiert, das der Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der LMU durchführt (Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, nach seiner Emeritierung Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze seit März 2010). Halbjährlich unterrichtet die Projektleitung seitdem das Stadtarchiv bzw. (nach dem Transfer der Public History) das Kulturreferat schriftlich über den Stand der Arbeiten. In bisher fünf ausführlichen Berichten wurde der Stadtrat über den Gang der Forschungen und ihre Ergebnisse informiert. Der Stadtrat hat vor dem Hintergrund dieser Berichte und vorliegender Anträge der Projektleitung mehrfach die Fortführung des Forschungsvorhabens bewilligt, nämlich durch seine Beschlüsse vom 23.11.2011, 20.5.2015, 28.6.2017 und schließlich 19.12.2018.

Der Forschungsverbund steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze, Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, Prof. Dr. Christiane Kuller (inzwischen Universität Erfurt) und PD Dr. Winfried Süß (LMU/ZZF Potsdam). Er baut auf den zu Beginn der Laufzeit identifizierten und dem Stadtrat 2009 vorgelegten Forschungsbausteinen auf und wird größtenteils in Form von Dissertationen bearbeitet.

Für die aktuell noch laufende Forschungsphase 4 wurden drei Projekte auf Dissertationbasis konzipiert: „Ernährung/Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln“, „Die Stadt und der Tod“ sowie „Schule und städtische Kultureinrichtungen im nationalsozialistischen München“. Die Vorhaben wurden durch eine Vorvereinbarung zum Forschungsvertrag (28.2./18.3./11.4.2019) sowie durch den finalen Forschungsvertrag vom 16.12.2019/10.1.2020 zwischen LMU, Projektleitung und Landeshauptstadt München in die erforderliche Rechtsform gebracht. Ein viertes, dem Verbund assoziiertes Promotionsprojekt „Die ‚Hauptstadt der Bewegung‘ und ihre Jugend. Jugendpolitik zwischen Erziehung und Verfolgung 1933 bis 1945“ wird von der Bearbeiterin eigenfinanziert. Es ergänzt die Themen des Gesamtvorhabens um einen noch fehlenden, aber inhaltlich wünschenswerten Themenbereich.

Hier liegt nunmehr der sechste Bericht an den Stadtrat für den Zeitraum von 03/2022 bis 08/2024 vor. Ihm kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als mit der Forschungsphase 4 das Gesamtvorhaben seinen Abschluss findet. Dies eröffnet die Möglichkeit, kurz Bilanz zu ziehen und eine Gesamtschau der erbrachten Leistungen darzustellen.

2. Erbrachte Leistungen und geplanter Abschluss des Forschungsvorhabens

Publikationen/Schriftenreihe

Zur Publikation der im Rahmen des Projekts fertiggestellten Studien, zumeist Dissertationen, wurde eine **Schriftenreihe „München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft“** bei Wallstein, einem renommierten und weit- hin beachteten Fachverlag in Göttingen, eingerichtet (vgl. <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/muenchen-im-nationalsozialismus.html>). Bisher sind sechs Bände erschienen, ein weiterer befindet sich in Vorbereitung und wird im kommenden Jahr publiziert.

Die Reihe eröffnete die Dissertation von **Annemone Christians** 2013 unter dem Titel **„Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München“**, der Band ist mittlerweile vergriffen (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835312586-amtsgewalt-und-volksgesundheit.html>).

Die Studie untersucht das institutionelle Gefüge und die Akteure des kommunalen Gesundheitswesens, die Gesundheitsfürsorge unter dem Einfluss der NS-Ideologie, die praktische Umsetzung der „Erb- und Rassenpflege“, die Auswirkungen des Krieges auf Krankenversorgung und Gesundheitsverwaltung sowie die Entnazifizierung und den Umgang mit den Opfern nach dem Ende des NS-Regimes. Zu den überraschenden Befunden zählt, dass die kommunale Gesundheitsverwaltung trotz der symbolisch bedeutsamen Stellung Münchens im nationalsozialistischen Machtgefüge und der Rolle der Stadt als akademisches Zentrum der „Rassenhygiene“ bei der Umsetzung der „Erbgesundheitspolitik“ hinter anderen deutschen Großstädten hinterherhinkte. Erst 1937 erfolgte mit der Implementierung des „Gesetzes zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ von 1934 der entscheidende Schritt zur Schaffung eines schlagkräftigen biopolitischen Apparates. Das Buch wurde breit rezipiert und nicht nur als „beeindruckend quellengesättigt“, sondern auch wegen seiner paradigmatischen Bedeutung gelobt: Es bietet über den lokalen Rahmen Münchens hinaus „interessante

Bezugspunkte für den Vergleich unterschiedlicher regionaler Dynamiken in der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik und -verwaltung“ (<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-20606>).

Gemeinsamkeiten mit anderen deutschen Großstädten auszuleuchten und Münchner Spezifika herauszuarbeiten war auch das Ziel des 2014 erschienenen, inzwischen ebenfalls bereits vergriffenen Bandes 2 der Schriftenreihe, **„Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München“** von **Florian Wimmer** (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835314023-die-voelkische-ordnung-von-armut.html>). Im Unterschied zu anderen Städten führte die NS-Machteroberung im Münchner Wohlfahrtsamt zu keinem größeren Personalaustausch. Sein Amtsleiter Friedrich Hilble bietet vielmehr ein „bestechendes Beispiel“ für einen Fürsorgeexperten, der zwar kein NSDAP-Anhänger war, aber dennoch erheblich zur Verfolgung von sogenannten „Asozialen“ und anderen als „minderwertig“ eingestuft Menschen während der NS-Zeit beitrug. Der Autor rekonstruierte die kommunale Sozialpolitik mit ihrem ausgeklügelten System von Förderung und Verfolgung, je nach dem vermeintlichen Nutzen der Hilfsbedürftigen für die „Volksgemeinschaft“. Die Studie macht deutlich, dass das Münchner Wohlfahrtsamt über erhebliche eigene Gestaltungsspielräume verfügte, also keineswegs nur Weisungen ‚von oben‘ ausführte. Wie ein Rezensent vermerkt: „Insgesamt besticht Wimmers Studie durch die Analyse der gesamten Tätigkeit des Wohlfahrtsamts“ (vgl. <https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/npl/59-2014/3/ReviewMonograph287235234>).

Band 3 von **Paul-Moritz Rabe** erschien 2017 unter dem Titel **„Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München“** (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835330894-die-stadt-und-das-geld.html>). Diese Pionierstudie wurde gleich mehrfach ausgezeichnet: Sie erhielt den Friedrich Lütge-Preis der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, den Promotionspreis der LMU und den Hochschulpreis der Landeshauptstadt München. Der konzeptionelle Zugriff der Untersuchung ist bemerkenswert, denn er erschließt erstmals in der historischen Forschung die Bedeutung eines kommunalen Haushalts als politisches Steuerungsinstrument im „Dritten Reich“. Mit Blick auf die kommunalen Budgets für 1932, 1935, 1939 und 1943 erläutert die Studie, dass und wie ein Haushaltsplan überhaupt als historische Quelle zu lesen und zu verstehen ist. Sie ist zugleich ein Musterbeispiel für einen gesellschafts- und kulturgeschichtlich erweiterten Blick auf finanzgeschichtliche Themen. Auf diese Weise „seziert Rabe die grundsätzliche Überlagerung von

finanziellen, politischen, temporalen, diskursiven und verfahrenstechnischen Bedeutungsschichten, die in den Zahlen eines Haushaltsplanes ihren Niederschlag finden und ihrerseits historischem Wandel unterliegen“ (<https://www.sehepunkte.de/2018/06/30848.html>).

Band 4, ebenfalls erschienen 2017, versammelt unter dem Titel „**München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der ‚Hauptstadt der Bewegung‘**“ eine Reihe kulturwissenschaftlich ausgerichteter Aufsätze, die Studierende und Promovierende in einem Forschungsseminar der Projektleiterin Szöllösi-Janze aus bislang wenig oder gar nicht beachteten Beständen des Stadtarchivs München erarbeitet haben (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835330900-muenchen-im-nationalsozialismus.html>). Hand in Hand mit Repression und Exklusion von politisch, ‚rassisch‘, weltanschaulich oder sozial „unerwünschten“ Münchnerinnen und Münchnern aus der Stadtgesellschaft gingen weit reichende Angebote der Integration und Partizipation an konforme Gruppen der Stadtbevölkerung. Durch eine gezielte Imagepolitik machte die Münchner Kommunalverwaltung auf die Angebotsseite des Nationalsozialismus aufmerksam und erschloss sich so neue Betätigungsfelder im Herrschaftsgefüge des „Dritten Reichs“, um die Stadtgesellschaft in eine nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ umzuformen. Der Band lenkt den Blick auf so unterschiedliche Themen wie die Filmpolitik der Stadt, Literaturwettbewerbe, städtische Ehrenbürgerschaften, das Rennen um das „Braune Band“ auf der Galopprennbahn in Riem, die Errichtung des neuen Flughafens sowie die Erfindung des U-Boots im Starnberger See. Im kulturellen Alltagshandeln begegneten und verbanden sich Machthaber, Funktionseliten und Bevölkerung, sie schufen neue Formen von Partizipation und erlebter Realität (vgl. dazu auch <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-wie-die-stadt-sich-in-der-ns-zeit-profilieren-wollte-1.3790587>).

Band 5 der Schriftenreihe erschien 2018 und wurde mit dem Nachwuchspreis der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) ausgezeichnet: **Mathias Irlingers** Untersuchung „**Die Versorgung der ‚Hauptstadt der Bewegung‘. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München**“ (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332058-die-versorgung-der-haupt-stadt-der-bewegung.html>). Die Infrastruktureinrichtungen dienen hier als Sonde, um den Beitrag der Münchner Kommunalverwaltung zur Stabilisierung der NS- Herrschaft bis in die letzten Kriegsmonate zu analysieren. Die Gesamtheit der technischen Systeme begreift Irlinger als Interaktionsmedium zwischen Stadtführung und Bevölkerung – mit

Aushandlungsprozessen und Wechselwirkungen zwischen lokalen NS-Eliten, Verwaltungsbeamten und Bevölkerung. So kommt die Stadtgesellschaft auch mit sozial- und kulturgeschichtlichen, teilweise auch geschlechterspezifischen Fragestellungen in den Blick. Öffentlichkeitswirksam präsentierte kommunale Leistungen wie etwa die städtischen Bäder, der Ausbau des ÖPNV, die Müllabfuhr sowie die Wasser-, Gas- und Stromversorgung wirkten als Bindekräfte zwischen Machthabern und Stadtgesellschaft, doch wird auch ein eigensinniges Nutzungsverhalten erkennbar, das die städtischen Anreize konterkarieren und die Zielsetzungen sogar ins Gegenteil verkehren konnte. Die Kritik lobte die Untersuchung als „eine vorzügliche, auf reicher Quellenbasis mit anspruchsvoller Fragestellung stringent durchgearbeitete und dabei gut lesbare Arbeit, die einen wichtigen Beitrag für eine Neubestimmung der Politik und Bedeutung der Kommunen im Nationalsozialismus leistet“ (<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27244>).

2020, zu Beginn der Pandemie, erschien Band 6 als bisher letzter der Schriftenreihe, ausgezeichnet mit dem Hochschulpreis der Landeshauptstadt: **Jan Neubauer, „Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im ,Dritten Reich““** (<https://www.wallstein-verlag.de/9783835337800-arbeiten-fuer-den-nationalsozialismus.html>). 1933 arbeiteten annähernd 15.000 Menschen für die Stadt. Damit waren die Stadtverwaltung und die kommunalen Betriebe der größte Arbeitgeber der Region. Die zeithistorische Forschung hat das städtische Personal und die Personalpolitik (Einstellung und Rekrutierung, Mobilisierung und Kontrolle der städtischen Arbeitnehmerschaft) als Kernbereiche kommunaler Verwaltung bisher noch nicht systematisch in den Blick genommen. Diese Studie ist daher grundlegend. Neubauer beleuchtet nicht nur das politisch-administrative NS-Führungspersonal Münchens, insbesondere den Oberbürgermeister Karl Fiehler und den bisher kaum erforschten Juristen, „Blutordensträger“ und hochrangigen SS-Mann Karl Tempel, seit April 1933 Personalreferent und später Bürgermeister der Stadt. Er rückt vielmehr alle Statusgruppen der kommunalen Beschäftigten in den Blick: städtische Beamte, Angestellte und Kommunalarbeiter. Dabei begibt er sich auch auf die Ebene eines Hilfsarbeiters im städtischen Schlacht- und Viehhof, der die NS-Machtübernahme für seine „ganz persönliche Herrschaft“ nutzte und in den Folgejahren eine steile Karriere machte: als Ratsherr, als Verwaltungsrat für Arbeiterangelegenheiten und als Gau-fachgruppenwalter der Deutschen Arbeitsfront. Auf diese Weise tritt eine besonderer Karriere-Typ ins Rampenlicht. Insgesamt zeigt die Studie, mit welcher Kombination

von lockenden Angeboten, Chancen und repressiv-gewaltsamem Zwang die „Hauptstadt der Bewegung“ ihre Belegschaft mobilisierte und lenkte (vgl. auch <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-93401>).

In Vorbereitung befindet sich Band 7 von **Lena Pedersen**, **„Die Stadt und der Tod. Trauer- und Bestattungskultur der ‚Hauptstadt der Bewegung‘“**. Überarbeitung und Drucklegung der Dissertation verzögerten sich infolge der Corona-Pandemie. Trotz der gravierenden pandemiebedingten Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten gelang es der Bearbeiterin, die Studie innerhalb der regulären Projektzeit von 36 Monaten fertigzustellen, doch entstand so auch ein erhöhter Überarbeitungsbedarf nach dem Ende der Anstellung der Autorin. Aktuell bereitet ein professionelles Lektorat die Drucklegung vor.

München zeichnete sich durch die Besonderheit aus, dass hier traditionell nur das städtische Bestattungsamt Verstorbene beisetzen durfte und die Friedhöfe allesamt in kommunalem Besitz waren, die Stadt also über einen Regiebetrieb gleichsam ein wirtschaftliches und kulturelles Monopol ausübte. Im Unterschied zu anderen deutschen Metropolen gab in München also keine privaten Bestattungsunternehmen. Das städtische Monopol umfasste gestaffelte Gebühren und Ausstattungen, gestalterische Formen, Orte und Abläufe – auch im Nationalsozialismus waren im Tod keineswegs alle gleich. Das Geschäft mit dem Tod war für die Stadt grundsätzlich sehr lukrativ, erzeugte jedoch in Zeiten des Weltkriegs mit den zu bestattenden Massen der Luftkriegsopfer auch seine eigenen Zwangslagen. Die Studie fragt nach den Handlungsspielräumen des Bestattungsamts, nach dem Einfluss der nationalsozialistischen Weltanschauung auf die Trauerkultur sowie nach den kriegsbedingten Veränderungen des Bestattungswesens nach 1940. Das sozial- und kulturgeschichtlich höchst anschlussfähige Thema eröffnet immer wieder Einblicke in unerwartete Bereiche, z.B. in die breite Vielfalt der im Bestattungswesen beschäftigten Menschen, unter denen Frauen eine lange wenig beachtete Rolle spielten. Die überkommenen, maßgeblich christlich geprägten Symbole, Formen, Abläufe und Rituale veränderten sich nach 1933 erst einmal kaum und später nur zögerlich, doch weisen die wiederholt dokumentierten Konflikte zwischen der Stadt und den Kirchen darauf hin, dass der Umgang mit dem Tod durchaus, wenngleich eher im Verborgenen, politischem und gesellschaftlichem Wandel unterlag. Die Rücksichtnahme auf Fragen der Pietät zog, allem Druck zum Trotz, dem Handeln der braunen Machthaber in der Stadt durchaus Grenzen.

Weitere Publikationsformen

Astrid Bösl hat nach Abschluss ihrer Projektlaufzeit in der Forschungsphase 3 (12/2018) die Ergebnisse ihrer Forschungen zu „**Die Stadtspitze/Ratsherren: Lebensläufe, Netzwerke, Wirkungskreise**“ in mehreren Formaten vorgelegt.

Die nach einem systematischen Raster erfassten **Biogramme** von 70 Stadträten (1933-1935) bzw. Ratsherren (1935-1945) sowie von städtischen Referenten/Dezernenten (1933-1945) dienen als internes archivalisches Hilfs- und Orientierungsmittel des Stadtarchivs. Sie sollen, so der damalige Leiter des Stadtarchivs Dr. Michael Stephan in einer Mitteilung vom 22.1.2020, im Zusammenhang mit der geplanten, öffentlich zugänglichen online-Applikation des Münchner Stadtrats präsentiert werden, die online-Fassung der Datenbank werde im Lauf des Jahres 2020 freigeschaltet. Dazu ist es allerdings pandemiebedingt bisher nicht gekommen.

In einer geplanten Publikation steht den verschriftlichten Lebensbildern von 52 Stadträten/Ratsherren, die auf einer qualitativen Auswertung der Kurzbiogramme beruhen, eine kollektivbiographisch-quantitative Analyse der erhobenen Daten voran, die deren Sozial- und Bildungsprofil sozialstatistisch erfasst. Dabei geht es insbesondere um Fragen wie die geographische Herkunft, Altersstruktur, Konfession, das Bildungs- und Berufsprofil, den Eintritt in die NSDAP sowie weltanschauliche Prägungen und Orientierungen. Im Vergleich mit den NS-Funktionären (Ratsherren und Kreisleiter) anderer Städte und Regionen hat die Autorin zudem die Spezifika der Münchner Gemeindevertreter herausgearbeitet.

Die Untersuchung des Sozialprofils hat gezeigt, dass die Mehrheit der Stadträte und Ratsherren (37 Personen) in Bayern, vor allem in Oberbayern, geboren wurde. Zu den Herkunftsländern zählten außerdem noch Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, einige deutsche Kleinstaaten und Österreich. Zumeist lebten die Gemeinderäte mehrere Jahre in München, bevor sie in ihr Amt gelangten. Hinsichtlich der Konfessionszugehörigkeit (56 % katholisch, 37 % evangelisch, der Rest „gottgläubig“) unterschieden sie sich deutlich von der regionalen Gesamtbevölkerung in Oberbayern (über 90 % katholisch).

Die Befunde zum Bildungsprofil zeigen, dass die Münchner Kommunalvertreter anteilmäßig einen höheren Schulabschluss erworben hatten als der Bevölkerungsdurchschnitt. Fast ein Drittel besaß das Abitur bzw. die Hochschulzugangsberechtigung. Im Anschluss an ihre Schul- und Hochschulausbildung ergriffen die Gemeinderäte einen Beruf vor allem in den Bereichen Handel, kaufmännische und Finanzdienstleistungen,

Bau, Architektur und Vermessung sowie im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe. Bis 1933 änderte sich jedoch das Berufsprofil der Untersuchungsgruppe. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme waren die meisten Gemeinderäte zwar immer noch in einem Handelsberuf tätig, die zweitgrößte Gruppe bildeten nun aber Parteifunktionäre und Personen, die in parteinahen Berufen arbeiteten. Auffallend ist zudem, dass in der „Hauptstadt der deutschen Kunst“ ein knappes Fünftel der Gemeinderäte künstlerische, planerische und gestalterische Berufe ausübte (Architekten, Maler, Bildhauer). Als Spezifikum des Stadtrates hat sich ferner der hohe Anteil Selbstständiger herausgestellt, Arbeiter waren hingegen kaum vertreten.

Die Bearbeiterin untersuchte ferner die NSDAP-Mitgliedschaft der Stadträte/Ratsherren sowie deren politische Aktivitäten in der Partei und ihren Gliederungen. Mehr als die Hälfte war bereits vor 1923 in die Partei eingetreten, womit der Anteil „Alter Kämpfer“ im Vergleich zu anderen Funktionsgruppen überdurchschnittlich hoch war. Von der Untersuchungsgruppe nahmen rund zwei Drittel als Soldaten am Ersten Weltkrieg teil. Sie gehörten überwiegend der sogenannten Frontgeneration (geboren 1880 bis 1900) an, also den Jahrgängen, die als erste zum Kriegsdienst eingezogen wurden und den Krieg in voller Länge miterlebten. Diesem Kriegserlebnis wird in der Forschung eine formative Wirkung für politische Werthaltungen zugeschrieben.

Workshops und Tagungen

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Einzelprojekte haben eine Vielzahl von wissenschaftlichen Konferenzen und Tagungen besucht und ihre Projekte vorgestellt. Zudem ist der Projektverbund auch selbst an eine breitere Öffentlichkeit getreten, um seine (Zwischen-)Ergebnisse vorzustellen.

Ein erster **Workshop** am **7.11.2011** in der **Rotunde des Stadtarchivs** versammelte ausgewiesene Vertreterinnen und Vertreter der Zeit- und der Stadtgeschichte, um einerseits den Verbund vorzustellen, andererseits ein wissenschaftliches Feedback zu erhalten, das Gesamtkonzept zu diskutieren und ggf. frühzeitig Blindstellen aufzudecken und nachzujustieren.

Große Resonanz fand eine **Auftaktveranstaltung im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses** am **2.12.2013**, mit der der Forschungsverbund einer breiteren Öffentlichkeit **das Gesamtkonzept** des Projekts erläuterte **und die ersten beiden Bände vorstellte** (vgl. die Pressemitteilung des Stadtarchivs München zum 2.12.2013). Begrüßt

vom damaligen OB Christian Ude, waren zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, des Stadtrats sowie der lokalen Medien erschienen.

Am **27. und 28.3.2014** widmete sich der öffentliche Workshop **„Herrschaft vor Ort: Kommunalverwaltungen im 19. und 20. Jahrhundert“** in der LMU dem Thema in einem breiteren historischen Kontext. Vier jeweils intensiv diskutierte wissenschaftliche Panels zeichneten den Ort der Kommunalverwaltung in der Moderne zwischen den Polen staatlicher Herrschaft und Selbstverwaltung nach: (1) Herrschaft und Legitimation im Spannungsfeld von Bürokratisierung und Bürgerbeteiligung im 19. Jahrhundert, (2) Interkommunale Verhältnisse, (3) Interaktion mit nicht-staatlichen Akteuren sowie (4) „Die verwaltete Bevölkerung“. An einer abendlichen öffentlichen Podiumsdiskussion unter dem Titel „Erinnerung vor Ort: Vergangenheit als kommunale Aufgabe“ nahmen Vertreter und Vertreterinnen der Geschichtswissenschaft und der städtischen Politik (darunter OB Christian Ude) teil (vgl. den Tagungsbericht in H-Soz-u-Kult <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-124024>).

Am **20.11.2015** stellte der Projektverbund seine jüngsten Forschungsergebnisse in einer **Abendveranstaltung im Auditorium des Münchner NS-Dokumentationszentrums** der Öffentlichkeit vor. Als thematischer Fokus diente die These, dass die Kommunen bei der Steuerung des alltäglichen Lebens in der „NS-Volksgemeinschaft“ über bedeutende Handlungsspielräume verfügten, insbesondere als Dienstleister und Verfolgungsinstanzen, als Agenturen sozialer Integration und Ausgrenzung, als bürokratische Stützen und lokale Repräsentationen der Diktatur.

Am **14.12.2017** veranstaltete der Projektverbund in einer Kooperation von LMU und Direktorium/Stadtarchiv in der **Rotunde des Stadtarchivs** eine gut besuchte und medial aufmerksam verfolgte **„Buchpräsentation in Wort und Bild“**. Präsentiert wurden, nach einem Grußwort von Stadtrat Christian Vorländer, die erschienenen Bände der dritten Forschungsphase (Rabe, Irlinger, Szöllösi-Janze). Die Vorträge und Gespräche, moderiert von Judith Heitkamp (BR), wurden erweitert um Ausschnitte aus dem fast 80 Jahre lang nicht gezeigten Kulturfilm „München“ (1939) als Schlaglicht auf die nationalsozialistische Imagepolitik der Stadt. Übergreifendes Thema war die These, dass sich gerade im kulturellen Alltagshandeln Machthaber, Funktionseleiten und Bevölkerung begegneten und verbanden, was neue Formen integrativer Partizipation und erlebter Realität schuf.

An einer von dem EU-Programm „Erasmus+“ finanzierten gemeinsamen **Tagung** von LMU, Institut für Zeitgeschichte und mehreren israelischen Forschungseinrichtungen vom **16. bis 20.6.2019** an der **Hebräischen Universität Jerusalem** unter dem Titel „**New Trends in Holocaust and Genocide Studies**“ beteiligte sich der Forschungsverbund zur Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus sowohl konzeptionell als auch mit einem eigenen Beitrag. Auf einer Tagung beim **Rückbesuch** der israelischen Wissenschaftlerdelegation **in München vom 8. bis 12.5.2022** trugen auch die Bearbeiterinnen der Phase 4 vor.

Pläne für eine weitere große öffentliche Veranstaltung des Forschungsverbunds nach 2020 konnten aufgrund der Corona-Pandemie nicht realisiert werden.

Medienresonanz

Die Ergebnisse der Forschungen des Projektverbunds und damit deren Transfer in breitere Teile der Gesellschaft trafen auf eine erfreuliche Medienresonanz. Exemplarisch seien hier drei Artikel als Anlagen beigefügt, die jeweils für unterschiedliche mediale Formate stehen:

- die Artikel „Hitlers eifrige Helfer“, „Feste fürs Image“, „Ausgrenzung an der Trambahntür“ und „Braune Kassen“ in der Süddeutschen Zeitung Nr. 287, 14.12.2017, S. 40 (Anlage 1).
- die Sammelbesprechungen in der Süddeutschen Zeitung vom 15.12.2017 (vgl. dazu <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-wie-die-stadt-sich-in-der-ns-zeit-profilieren-wollte-1.3790587>).
- der Artikel „Keineswegs bloße Befehlsempfänger“ des Münchner Uni Magazins MUM Nr. 3, 2018, S. 30-31 (Anlage 2).

3. Die (aktuell noch laufende) vierte und abschließende Forschungsphase

Aus der noch laufenden vierten und zugleich letzten Forschungsphase konnte die Untersuchung von **Lena Pedersen** zu „**Die Stadt und der Tod. Trauer- und Bestattungskultur der ‚Hauptstadt der Bewegung‘**“ bereits abgeschlossen werden, die Dissertation soll 2025 in der Schriftenreihe des Projekts bei Wallstein erscheinen und befindet sich in Vorbereitung der Drucklegung (vgl. dazu oben unter 2.: Publikationen/Schriftenreihe).

Die Studie **„Die Ernährung/Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln“** (Marlis Lapazinski) bezieht sich auf ein Thema, das wie kaum ein anderes essenziell für eine Zeitgeschichte der Stadt München ist. Dies gilt im Besonderen für die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Aus persönlichen Gründen konnte die Bearbeiterin ihre Untersuchung noch nicht fertigstellen. Seit dem Ablauf ihrer dreijährigen Anstellung im Forschungsprojekt (2022) arbeitet sie im Promotionsverhältnis an der LMU weiter an der Verschriftlichung ihrer Ergebnisse.

Das Konzept der Untersuchung reflektiert die Stadt als spezifischen Ort des Konsums und leitet über zur Frage, ob die propagierte „NS-Volksgemeinschaft“ auch als Konsumgemeinschaft konstruiert wurde. Die Studie bezieht zahlreiche, bislang kaum ausgewertete Quellenbestände etwa zum Schlacht- und Viehhof sowie zur Großmarkthalle in die Betrachtung ein. Die Autorin hat der Projektleitung mehrere Teilkapitel zum städtischen Ernährungsamt im Krieg vorgelegt, dem als kommunalem Teil der NS-Kriegswirtschaft zentrale Bedeutung zukam. Es stand für eine neue Dimension der kriegsbedingt rationierten Lebensmittelversorgung der Stadt und ließ die Herausforderungen an die kommunale Verwaltung auf ein bis dahin unbekanntes Maß ansteigen. Vor dem Hintergrund der politischen Bedeutung der verheerenden Versorgungslage im Ersten Weltkrieg musste eine gesicherte Ernährungslage für die Nationalsozialisten höchste Priorität haben. Mit der Einrichtung und Tätigkeit des Ernährungsamts kommen die Strategien in den Blick, mit denen die Stadt die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung zu sichern suchte, wobei gesellschaftliche Hierarchisierungen offenkundig werden, die sich in einem breiten Spektrum zwischen Diskriminierungen und Privilegierungen bewegten. Die Stadt München übernahm eine bislang unbekannte, zentrale Rolle im ernährungswirtschaftlichen Organisationsgeflecht, das aus zahlreichen Versorgungsakteuren bestand (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Landesernährungsamt Bayern, sieben Reichsstellen, neun Wirtschaftsverbände, vier Wirtschaftsgruppen, städtisches Gewerbeamt u.a.), was einen immensen organisatorischen wie kommunikativen Koordinationsaufwand implizierte. Den Blickwinkel der Bevölkerung spiegeln z.B. die Vernehmungprotokolle im Rahmen von Strafverfahren wider. Einen Schwerpunkt bilden hier versuchte Ausbrüche aus der Zwangsrationierung wie der Missbrauch von Lebensmittelkarten, der Schwarzmarkt und Diebstahlsdelikte.

Clara Sterzinger-Killermann begann mit ihrer Untersuchung zu **„Bildung für die ‚Hauptstadt der Bewegung‘. Schule und Volksbildung im nationalsozialistischen**

München“ zu Beginn des Corona-Lockdowns im Februar 2020 und war daher in mehrfacher Hinsicht stark von den Schließungen der Bibliotheken, des Stadtarchivs und anderer öffentlicher Einrichtungen betroffen. Ihre Stelle wurde daher dankenswerterweise um zwölf Monate verlängert. Ihre Dissertation befindet sich aktuell kurz vor der Fertigstellung.

Die Untersuchung verbindet zwei thematische Stränge in der Geschichte der Münchner Bildungsinstitutionen: das städtische Schulwesen, das im Zuständigkeitsbereich des Stadtschulreferats lag (im Unterschied zu heute: die Mittelschulen, die höheren Schulen für Mädchen sowie die Berufs- und Meisterschulen), sowie jene Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die hier unter dem Begriff der „Volksbildung“ zusammengefasst werden: die städtischen Bibliotheken in der Hand des Kulturamtes sowie die Volkshochschule, die, gegründet als Verein, ab 1934 als Volksbildungsstätte der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ städtische Zuschüsse erhielt.

Die bisherige Forschung war auf die staatlichen Volksschulen und die staatlichen höheren Schulen für Knaben (Gymnasien) fokussiert. Umso origineller ist nun diese Studie, indem sie die Mädchen- und die Berufsbildung in den Mittelpunkt rückt. Mit dem Blick auf die Berufsschulen und insgesamt die Mädchenbildung rücken auch Überlappungsbereiche mit der örtlichen Wirtschaft (z.B. Handwerk, Handel, Gaststätten) in den Vordergrund. Damit tritt zugleich ein bisher übersehenes Spannungsfeld zwischen der Münchner Stadtverwaltung und der Deutschen Arbeitsfront hervor, das u.a. auf dem Feld der „Reichsberufswettkämpfe“ erkennbar wird. Die quellen-gesättigte Studie der Autorin zeigt zudem, dass die Einführung des Vierjahresplans 1936 – und somit die Kriegsvorbereitung – sich unmittelbar in den Lehrplänen und den schulischen Aufnahmezahlen niederschlug. Dabei verschoben sich die Ausbildungsgewichte für Jungen deutlich in Richtung auf die Eisen- und Metallverarbeitung (auch: Bauindustrie), während sich bei der Mädchenbildung das Ende der Hauswirtschaft als Bildungsziel zugunsten einer Wendung hin zu den kaufmännischen Fachberufen abzeichnete. Als auffälliges Münchner Spezifikum erweist sich die Deutsche Meisterschule für Mode, deren Leiterin trotz Widerstands der Schneiderinnung auch noch im Krieg eine erstaunlich selbstständige Linie mit internationaler Strahlkraft verfolgen konnte. Der Zweite Weltkrieg und besonders dann die Folgen des Luftkriegs beeinträchtigten den Schulalltag massiv, der durch verringerten Unterricht, zerstörte Räume, Leistungsrückgang und die (teilweise) Abwesenheit von männlichen

Lehrkräften geprägt war. Infolge des Lehrermangels griff das Stadtschuldezernat z.B. auch wieder auf ideologisch unliebsame Lehrkräfte zurück.

Das assoziierte Promotionsprojekt von **Ina Deppe** widmet sich dem Thema **„Die Hauptstadt der Bewegung‘ und ihre Jugend. Jugendpolitik zwischen Erziehung und Verfolgung 1933 bis 1945“**. Es ist eigenfinanziert, da die Bearbeiterin ihre Promotion neben ihrem Beruf betreibt, doch unterstützt die Landeshauptstadt zwei auswärtige Archivreisen der Doktorandin mit einer vergleichsweise kleinen Summe. Mit ihrem Fokus auf dem Stadtjugendamt und dem Ziel, das spezifische Profil der Stadt München als jugend- und erziehungspolitischer Akteur herauszuarbeiten, ergänzt die Studie vorzüglich Florian Wimmers Untersuchung des städtischen Fürsorgewesens (s. oben unter 2.: Monografien/Schriftenreihe).

Nach 1933 war das Stadtjugendamt mit erheblichen Behördenfunktionen ausgestattet, nahm im Rahmen der ihm nun unterstellten städtischen Kindertageseinrichtungen und Heime selbst die Rolle als „Erzieher“ wahr und war zudem in übergeordnete Prozesse der Politikgestaltung eingebunden. Entgegen älteren Forschungsannahmen kann anhand des Münchner Beispiels und seiner vergleichenden Einordnung herausgearbeitet werden, dass die kommunale Ägide in der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege nach 1933 nicht von nationalsozialistischen Parteiakteuren wie NSV und HJ verdrängt wurde. Aus der NS-Machtübernahme ging die Stadt München, was ihre Rolle als Erziehungsbehörde und jugendpolitischer Akteur betraf, sogar gestärkt hervor. Zur städtischen Selbstbehauptung gegenüber der HJ-Reichsjugendführung trug u.a. die Integration von HJ-Funktionären in das Stadtjugendamt München bei. Als wesentliche kommunale Handlungsfelder werden in der Studie u.a. behandelt: das Vormundschafts- und Adoptionswesen, die Jugendgerichtshilfe, die Zusammenarbeit mit den Jugendgerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei in der Jugendstrafverfolgung sowie die Unterbringung Jugendlicher in den Anstalten der Fürsorgeerziehung. Es kann eine „völkische Matrix“ der kommunalen Jugendpolitik herausgearbeitet werden, die durch Dynamiken politischer Mobilisierung und Integration, von Erfassung und „Auslese“ und von der Implementierung rassenhygienischer und rassenpolitischer Praxen bis hin zum gänzlichen Ausschluss von Kindern und Jugendlichen aus dem Erziehungs- und Fürsorgesystem charakterisiert war. Im Kontext der erleichterten Übergänge zwischen den Systemen der Jugendfürsorge/Fürsorgeerziehung, der (Jugend-)Strafverfolgung und dem nationalsozialistischen Lager- und Vernichtungskomplex wurden antisemitisch und rassistisch verfolgte Kinder und Jugendliche

aus der Fürsorgeerziehung ausgeschlossen, an die Gestapo übergeben und in die Konzentrations- und Vernichtungslager überführt, wobei das Stadtjugendamt eine maßgebliche und aktive Rolle spielte.

Die beiden genannten Studien von Frau Lapazinski und Frau Sterzinger-Killermann bilden zusammen mit der Arbeit von Frau Deppe den Abschluss des Forschungsprojektes „Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus“. Das Projekt hat mit seinen Studien zahlreiche neue Erkenntnisse erbracht und für die Forschung zur NS-Zeit wichtige methodische Impulse gegeben, um die Rolle der Kommunen im „Dritten Reich“ neu zu perpektivieren. Alles in allem ist festzuhalten: München ließ als erste deutsche Großstadt die Rolle der Stadtverwaltung während der NS-Zeit in einem derart breit angelegten wissenschaftlichen Langzeitprojekt untersuchen, das a) nicht nur einzelne Funktionsbereiche, sondern einen Großteil des gesellschaftsgeschichtlich relevanten städtischen Behördenhandelns historisch erschließt, und b) auf innovative Weise das Handeln der Stadtverwaltung dabei nicht nur als Top-Down-Prozeß analysiert, sondern als komplexen Funktionszusammenhang, zwischen Reichsregierung, NSDAP, Stadtverwaltung und den Münchner Bürgerinnen und Bürgern, dem entscheidende Bedeutung bei der Herausbildung der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ zukam. Ihm folgten seither mehrere Forschungsvorhaben anderer Städte, die sich zum Teil ausdrücklich auf das Münchner Vorbild berufen.